

15. JAN. 1963

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/10

Bonn, den 15. Januar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	De Gaulle - kein Fragezeichen mehr ----- Nach der Pressekonferenz des französischen Staats- präsidenten Von G. Markscheffel	66
3	Der Bruch mit Kuba ----- Von Franz Barsig	27
3	Stahlhelm unerwünscht ----- Ungeschicklichkeiten der Kieler Regierung	53
4	Noch weiter Versteckspiel ? ----- Um die Veröffentlichung des Spiegel-Berichtes	39
5	Sollen die Schweizer über die Atombewaffnung entscheiden ? ----- Grundsätzliche Auseinandersetzungen Von Bruno Kuster, Genf	43
6 - 7	"Soziologie der Entwicklungsländer" ----- Ein zur rechten Zeit erschienenenes Buch Von Barbara Bortfeldt	92

Chefredakteur Günter Markscheffel.

De Gaulle - kein Fragezeichen mehr

Nach der Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten

Von G. Markscheffel

Frankreichs Staatspräsident de Gaulle hat mit souveräner Eigenwilligkeit durch seine Pressekonferenz für die europäische und atlantische Gemeinschaft einige neue Fakten geschaffen, die vieles infrage stellen, was die freie Welt in den letzten Jahren an Gemeinsamkeit entwickeln konnte. Seit Beendigung des Algerienkrieges war dies zu erwarten und die meisten Diplomaten, die noch vor kurzem das Gegenteil vermuteten, sind entweder gegenüber der Entwicklung der französischen Politik blind gewesen oder haben bewusst so getan, als ob sie nichts merkten. Das trifft zum Teil auch für die bundesrepublikanische Diplomatie zu.

Seitdem de Gaulle im Jahre 1940 die politische Arena betreten hat, gab er seinen Freunden und Gegnern scheinbar immer Rätsel auf. Wir sagen bewusst "scheinbar", denn im Grunde seines Herzens ist de Gaulle immer zuerst Franzose gewesen, im günstigsten Falle Europäer, der sich Europa nur unter Führung Frankreichs vorstellen kann. Seine Konflikte, zuerst mit Roosevelt, später mit Truman und auch mit Churchill, haben stets deutlich gemacht, daß dieser Mann trotz aller bewunderungswürdigen Leistungen für sein Vaterland die notwendige übernationale Denkweise des 20. Jahrhunderts ablehnt. Die Mehrheit der Franzosen ist ihm auf diesem Wege gefolgt. Die von de Gaulle sofort nach dem zweiten Weltkrieg heftig bekämpften "Europäer", wie der Christdemokrat Robert Schuman, der Sozialdemokrat Guy Mollet und viele andere, haben nach den letzten Wahlen kaum noch Einfluss auf die französische Innen- und Außenpolitik. Sie hatten Frankreich auf den Weg der europäischen Integration geführt, gleichermaßen kritisiert von Kommunisten und Gaullisten.

Heute steht de Gaulle auf einsamer Höhe, allein mit einer absoluten Mehrheit in der Nationalversammlung, und formt Frankreichs Schicksal im Verhältnis zur übrigen Welt nach seinen Vorstellungen. Das Parlament betrachtet er als notwendiges Übel; seine Minister sind nicht Berater, sondern mehr oder weniger Exekutivbeamte, denen die Aufgabe gestellt ist, einsame Entschlüsse ihres Präsidenten anderen Staatsmännern zu übermitteln.

Mit diesen Realitäten muß man rechnen, wenn im Zusammenhang mit der Freude über die deutsch-französische Aussöhnung das Wort "Europa" fällt oder der Begriff "Atlantische Gemeinschaft" bei internationalen Verhandlungen zwischen Staatsmännern der freien Welt zur Debatte steht.

In London und Washington wurde schon wenige Stunden nach der Pressekonferenz de Gaulles erklärt, nicht nur der Beitritt Großbritanniens zur EWG, sondern auch das Angebot Kennedys zur Entwicklung einer europäisch-amerikanischen Partnerschaft sei jetzt problematischer denn je. Selbstverständlich hat auch das Projekt der gemeinsamen Verteidigung der freien Welt auf der Grundlage der von den Amerikanern zu liefernden Polarisraketen einen harten Stoß erhalten. Die USA und Großbritannien sind sich auf der Bahama-Konferenz einig geworden. Die deutsche Bundesregierung will die amerikanische Konzeption der nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft billigen. De Gaulle dagegen ist ausgesichert, lehnt das amerikanische Angebot ab und steuert auf die Entwicklung seiner eigenen nationalen Atomwaffe hin.

Die für Italien, die Beneluxstaaten und die skandinavischen Länder sich aus dieser Situation ergebenden Konsequenzen sind zunächst noch

unabsehbar. Man muß jedoch damit rechnen, daß in diesen zuletzt genannten Ländern nunmehr Entwicklungen heranreifen, bei denen sich ebenfalls neue Perspektiven und neue Impulse sowohl für die Europa-Politik, wie auch für die Mitarbeit im atlantischen Verteidigungsbündnis ergeben könnten.

Die Bundesrepublik, die einerseits bestrebt sein muß, das gute deutsch-amerikanische Verhältnis nicht zu trüben, andererseits jedoch die deutsch-französische Freundschaft mit Recht als einen Eckpfeiler der europäischen Politik betrachtet, muß mit einem sehr weitblickenden de Gaulle auskommen. Wie weit der französische Staatspräsident blickt, weiß heute noch niemand. Dr. Adenauer wird also gut daran tun, sich vor seinem nächsten Parisbesuch am 21. Januar der Mehrheit des Bundestages für eine europäische Politik zu vergewissern, die auch dann noch Gültigkeit hat, wenn er nicht mehr Bundeskanzler ist.

Denn: Eine Europa-Politik, allein gestützt auf Adenauer und de Gaulle, reicht weder zur Bewältigung der atlantischen, noch der europäischen und erst recht nicht der nationalen deutschen Probleme aus.

+ + +

Der Bruch mit Kuba

Von Franz Barsig

Die Regierung der Bundesrepublik hat am Montagabend die diplomatischen Beziehungen zu Kuba abgebrochen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird die Bundesregierung wegen dieses Schrittes nicht tadeln, denn es ist schwer, zu einem Regime diplomatische Beziehungen zu unterhalten, das sich in den letzten Monaten zu einem der gefährlichsten Störenfriede des Weltfriedens entwickelt hat und das darüber hinaus eine Politik betreibt, die den vitalen Interessen nicht nur der Bundesrepublik Deutschland, sondern des ganzen deutschen Volkes zuwiderläuft.

Allerdings sind gewisse Vorbehalte angebracht, wenn in der öffentlichen Politik der Eindruck erweckt wird, als reiche in allen erkennbaren Fällen die "Hallstein-Doktrin" aus. Die Bundesrepublik unterhält gegenwärtig diplomatische Beziehungen zu 90 Staaten in der Welt, während das Pankower Regime nur von den zwölf Ostblockländern, Jugoslawien und jetzt auch von Kuba diplomatisch anerkannt ist. Dieses relativ günstige Ergebnis kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Doktrin bereits an vielen Punkten durchlöchert ist. In Kairo, in Bagdad, in Djakarta und in Rangun bestehen Generalkonsulate der Zonenregierung, die zum Teil sogar über das Exequatur, also die völkerrechtliche Legitimation, verfügen ohne daß die Bundesregierung in diesen Fällen von der "Hallstein-Doktrin" Gebrauch gemacht hat. In vielen Ländern der Welt residieren Pankower Handelsmissionen oder andere halboffizielle Institutionen.

Es dürfte ein übereinstimmendes Interesse der Bundesregierung und der sozialdemokratischen Opposition sein, gemeinsam alle geeigneten Präventivmaßnahmen zu ergreifen, um eine diplomatische Aufwertung des Pankower Regimes zu verhindern. Aus diesem Grunde und wegen der aktuellen Politik, die das Regime Fidel Castros betreibt, ist der Schritt der Bundesregierung unvermeidlich gewesen.

+ + +

Stahlhelm unerwünscht

kn. - Es begann mit dem Stahlhelm-Erlass. Das Kieler Innenministerium ordnete an, dass die Polizeibeamten die an sie ausgegebenen Stahlhelme zwecks Gewöhnung daran bei besonderen dienstlichen Umständen zu tragen hätten. Inzwischen laufen die Polizeigewerkschaften dagegen Sturm. Sie verlangen von der schleswig-holsteinischen Landesregierung, dass Stahlhelme und andere Gegenstände, die nicht zur rein polizeilichen Ausrüstung gehören, zurückgezogen werden. Sie wünschen überhaupt, dass militärische Vorgänge und polizeiliche Aufgaben nicht miteinander verquickt werden. Die Polizeibeamten im nördlichen Bundesland wünschen nicht, bei Manövern verwendet zu werden und hier etwa beim Abtransport von Manövergefangenen Hand anlegen zu müssen.

Wie dieser Streit ausgehen wird, man weiss es noch nicht. Inzwischen aber sind da im Landeshaushalt einige Titel aufgetaucht, die ein anderes Schlaglicht auf die Polizei und ihre Nebenaufgaben werfen. Im Haushalt des Kieler Innenministeriums gibt es zusätzliche Planstellen für Polizeidirektionen und Polizeiinspektionen und solche für besondere Sachbearbeiter. Mit diesem Staff soll im Lande eine besondere Polizeireserve aus Freiwilligen aufgestellt werden.

Für diese Polizeireserve von Leuten, die mehrere Wochen im Jahr ausgebildet werden sollen, möchte man auch schon alles beschaffen, was so erforderlich ist. Eine Polizeikaserne soll gebaut und Munition angekauft werden. Für Ausbilder sind 55 000 DM vorgesehen und für die Anwerbung der Freiwilligen 66 000 DM. Unterrichts-räume sollen angemietet, Bekleidung und Ausrüstung gekauft werden. Als erste Rate für eine Polizeikaserne sind 500 000 DM vorgesehen.

Voreilig dürfte das Ministerium in Kiel doch gehandelt haben, denn auch in dieser Angelegenheit ist es nicht zu einer Absprache mit den Polizeiorganisationen gekommen. Ja, es liegt sogar noch nicht einmal ein Landtagsbeschluss vor, diese Polizeireserve aufzustellen. Der Landtag selbst übte sogar harte Kritik an einem entsprechenden Gesetzentwurf. Dabei wollte man dann auch das Vorgehen der anderen Länder prüfen. Da der Bund eine Notstandsgesetzgebung plant, ist es zudem noch offen, ob eigene Ländergesetze nicht mit den Wünschen des Bundes kollidieren und als Rahmengesetze hinter den Bundesbestimmungen rangieren müssen.

Vielleicht ist es notwendig, dass auch in Schleswig-Holstein und dort mit einer gewissen Vordringlichkeit eine freiwillige Polizeireserve geschaffen wird, die im Notstandsfall und dem der

Evakuierung Lebensmittel und Versorgungsgüter erfasst und sicherstellt. Vielleicht ist eine Polizeireserve auch zur Leitung von Flüchtlingsbewegungen und zum Objektschutz erforderlich.

Erste Voraussetzung aber ist, ehe man so etwas unschuldig in den Etat einsickern lässt, die volle Übereinstimmung des Parlaments und die gute Koordinierung mit den Polizeiorganisationen. Mit der Aufstellung einer Polizeireserve, falls sie überhaupt notwendig ist, kann nur begonnen werden, wenn eine harmonische Übereinstimmung zwischen den Parteien erzielt worden ist. Es muss wirklich alles getan werden, dass da nicht eine Art Hilfspolizei heranzüchtet, die eine Regierung in Krisenzeiten unkontrolliert benutzt. Wenn schon Polizeireserve, dann sorgfältige Ausbildung und Auswahl und demokratisch zuverlässige Kontrolle des Einsatzes.

+ + +
Woch weiter Versteckspiel?

ler. - Teuer, allzu teuer ist das Versteckspiel des vierten Kabinetts Adenauer in Sachen "Begleiterscheinungen" der Spiegel-Aktion der Bundesrepublik und ihrem Ansehen zu stehen gekommen. Die Regierung brach darüber auseinander, unser Staat wurde in die bisher schwerste Krise seiner jungen Geschichte gestürzt, Franz Josef Strauss, der eigentliche Urheber dieser Affäre, musste als Verteidigungsminister abtreten. Fast wäre auch der Bundeskanzler von Abgrund verschlungen worden, und dies alles nur, weil sich die Regierung aus unbegreiflichen Gründen gescheut hatte, von Anfang an dem deutschen Volke in dieser Angelegenheit reinen Wein einzuschenken. Hätte sie es getan, wäre uns allen viel erspart worden. Nur bruchstückweise kamen Teilwahrheiten, erzwungen durch die bohrenden Fragen der Opposition, ans Licht, doch die g a n z e Wahrheit liegt immer noch im Dunkel.

Soll das schlechte Gewissen des vierten Kabinetts Adenauer auch das fünfte Kabinett belasten? Glaubt die Regierung, dass durch den Sturz von Franz Josef Strauss nun alles erledigt wäre? Oder hat sie noch etwas zu verbergen und der Öffentlichkeit vorzuenthalten, von dem sie annimmt, es könnte ihr und ihrer Reputierlichkeit schaden?

Diese Fragen erheben sich nach der freimütigen Äusserung des Justizministers Dr. B u c h e r (FDP), er wisse nicht, ob der Bundeskanzler den von ihr selbst angeforderten, nun von den beteiligten Ministerien fertiggestellten Bericht über die Spiegel-Aktion dem Parlament zuleiten werde. Trifft dies zu, dann soll also das grausame und unwürdige Versteckspiel fortgesetzt werden, soll die Öffentlichkeit im unklaren bleiben. Geschieht dies aus Rücksichtnahme auf Franz Josef Strauss, dessen Zorn man nicht wecken will?

D i e s e Rechnung kann nicht aufgehen; sie ist ohne die parlamentarische Opposition gemacht. Durch das bewährte Mittel der mündlichen und schriftlichen Fragen ist sie wohl in der Lage, die letzten Schleier in dieser Angelegenheit zu lüften. Das sollte auch die Regierung bedenken, ehe sie sich mit einem Schweigen umhüllt, das nicht durchgestanden werden kann. Um es mit aller Deutlichkeit zu sagen: Der Spiegel-Bericht darf nicht in den Schubladen verschwinden, Parlament und Öffentlichkeit haben Anspruch auf seine Lektüre. Für manche der Mitbeteiligten mag sie unerfreulich, peinlich und vielleicht auch karrierenehmend und selbstentwürdigend sein; für die politisch bewusste Öffentlichkeit aber wird sie den Blick schärfen für das, was sich in einer Demokratie nur heilsam auswirkt: die kritische Anteilnahme am öffentlichen Geschehen. Wer sich dem verweigert, hat ein schlechtes Gewissen zu verbergen.

Sollen die Schweizer über die Atombewaffnung entscheiden?

Von Bruno Kuster, Genf

Demnächst werden die Schweizer die grundsätzliche Entscheidung zu treffen haben, ob - falls sich die Frage je praktisch stellt - dem Volk Gelegenheit geboten werden soll, über die Ausrüstung der Armee mit atomaren Waffen mit dem Stimmzettel Beschluss zu fassen. Die Schweiz wird sich also nicht für oder gegen die Anschaffung von Atomwaffen entscheiden, sondern darüber, wer gegebenenfalls diesen folgenschweren Entschluss zu fassen haben wird. Nach der geltenden Rechtsordnung fallen Bewaffnungsfragen in die ausschliessliche Kompetenz des Parlamentes, dem die Regierung Antrag stellt. Soll nun, in Abweichung von dieser Praxis, dem Volk die Möglichkeit geboten werden, sein Wort zu sprechen?

Gründe einer sozialdemokratischen Initiative

Eine sozialdemokratische Initiative zielt auf eine entsprechende Verfassungsänderung hin. Die Stimmberechtigten werden entscheiden müssen, ob sie das sozialdemokratische Begehren, das eine beträchtliche Erweiterung der demokratischen Rechte bezweckt, gutheissen oder der Auffassung der Regierung und der Parlamentsmehrheit beipflichten, wonach das Begehren abzulehnen sei.

Diese Auseinandersetzung hat etwas Unwirkliches an sich, weil erstens die Regierung im Augenblick gar nicht die Absicht und zweitens nicht die Möglichkeit hat, Atomwaffen anzuschaffen. Warum dann aber der Aufwand eines Abstimmungskampfes?

Die sozialdemokratische Initiative ist seinerzeit lanciert worden, um einer viel weitergehenden Initiative einer linksstehenden Gruppe den Wind aus den Segeln zu nehmen. Der Vorstoss dieser Gruppe bezweckte, in der Bundesverfassung ein striktes Verbot der atomaren Bewaffnung zu verankern. Im ihren inneren Zusammenhalt zu wahren, sah sich die sozialdemokratische Partei zu einem eigenen Vorstoss veranlasst. Diese Operation ist auch geglückt und hat mit dazu beigetragen, dass die Initiative der Linksgruppe vom Volk eindeutig verworfen wurde.

Weit mehr als ein taktisches Manöver

Von nichtsozialdemokratischer Seite wurde denn auch ein starker Druck auf die sozialdemokratische Partei ausgeübt, um sie zum Rückzug ihrer eigenen Initiative zu veranlassen, damit dem Volk ein zweiter "Urnengang im luftleeren Raum" und eine neue Auseinandersetzung um die imaginären Atomwaffen erspart bleibe. Diesem Ansinnen konnte die sozialdemokratische Partei jedoch nicht Folge leisten, da ihre Initiative eben doch weit mehr ist als ein taktisches Manöver. Über die atomare Bewaffnung kann nicht nur nach militärisch-technischen Gesichtspunkten geurteilt werden. Ihre moralischen, politischen und finanziellen Auswirkungen wären von einer Gröszenordnung, die von der administrativen Routine nicht mehr zu bewältigen sind. Die sozialdemokratische Initiative gibt dem Volk die Möglichkeit, sich den letzten Entscheid in dieser militär-politischen Grundsatzfrage vorzubehalten.

+ + +

"Soziologie der Entwicklungsländer"

Ein zur rechten Zeit erschienenenes Buch
Barbara Bortfeldt

Immer noch geistert das goldene Bett der Madame Edussi durch den deutschen Blätterwald. Die Geschichte ist so hübsch skurril. Der deutsche Steuerzahler runzelt die Brauen, wenn er von "Entwicklungshilfe" hört. Was weiss er schon von der Problematik der Entwicklungsländer, ausser dass es auch in Afrika Snobs gibt?

In der Bundesrepublik ist das Gebiet der Entwicklungshilfe noch weitgehend Neuland. Im westlichen Ausland, insbesondere in der USA, existiert bereits eine recht umfangreiche wissenschaftliche Literatur zu diesem Thema. Der deutsche Leser aber, will er sich informieren, hat es ziemlich schwer.

Um so mehr ist eine Neuerscheinung zu begrüssen, die in wissenschaftlicher und dennoch lesbarer Form in das Thema einführt: Soziologie der Entwicklungsländer. Eine systematische Anthologie. Herausgegeben von Peter H e i t z , Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln.

Das Buch soll, so schreibt der Herausgeber in seiner Einführung, "Über einen neuen Zweig der Soziologie informieren, der in Deutschland, aber auch in den meisten anderen Ländern noch beinahe unbekannt ist. Sodann möchte es zur Orientierung der zukünftigen Forschung auf diesem Gebiete einen Beitrag leisten. Damit führt es aber auch den Laien in die soziologische Problematik der Entwicklungsländer ein."

In den Rahmen dieser neuen Entwicklungssoziologie fügt der Herausgeber mit geschickter Hand die Beiträge von 34 namhaften Autoren aus Europa, Nord- und Lateinamerika ein und lässt so aus der Untersuchung von Einzelfragen das Gesamtbild von der Struktur der internationalen Beziehungen und ihrem Wandel deutlich werden.

Die Einzeluntersuchungen beschäftigen sich vornehmlich mit Problemen der unterentwickelten Länder; einige der Beiträge haben aber auch Probleme sogenannter Notstandsgebiete in den entwickelten Kontinenten zum Gegenstand. So beschäftigen sich fünf Arbeiten mit Afrika, sechs mit Lateinamerika, drei mit dem Nahen Osten, sechs mit Asien, zwei mit den Nordamerikanischen Indianern, eine mit Europa und eine mit den Vereinigten Staaten.

Warnung vor falscher Einstellung

Geradezu spannend liest sich beispielsweise der Beitrag "Maya-Indianer im Zeitalter der Maschine" von Manning Nash. In der indianischen 3000-Seelen-Gemeinde Cantel im westlichen Hochland Guatemalas befindet sich die grösste zentralamerikanische Textilfabrik, die etwa ein Viertel der erwerbstätigen Bevölkerung Cantels beschäftigt. Aus dem Anpassungsprozess zwischen der Fabrik und der fest in ethnischen, religiösen und kulturellen Traditionen verwurzelten Gemeinde, der von heftiger und aktiver Feindseligkeit der Bevölkerung gegen die Fabrik bis zu deren völliger Eingliederung in das Leben der Gemeinde führte, zieht Manning Nash einige interessante Schlüsse.

So beweist ihm das Beispiel Cantel, dass die Industrialisierung eines unterentwickelten Gebiets, fast überall mit enormen Opfern an Menschen und sozialen Tragödien verbunden, nicht an sich solche Opfer verlangt, sondern dass diese Opfer vielmehr eine Folge unseres falschen Bildes vom Menschen im sozialen Wandel, unserer falschen Einstellung gegenüber der eingeborenen Bevölkerung solcher Gebiete sind. Erst als man in Cantel aufhörte, mit Drohungen und Gewaltanwendung vorzugehen, als die Fabrik beispielsweise Rücksicht nahm auf die traditionellen Festtage, die religiösen und anderen Verpflichtungen der Arbeiter, wurde sie akzeptiert. Die Bewohner Cantels sind durchaus gewillt, Entscheidungen zu fällen, Neues auszuprobieren, aber nur, wenn sie fühlen, dass sie die gesellschaftlichen Ziele selber bestimmen können. Das Industrialisierungsprogramm muss flexibel sein, schliesst Nash. Wichtigter noch als die Vermittlung von Kenntnissen an die Unwissenden sei die Mobilisierung ihrer Energien und Gefühle.

Wandlungen der Beziehungen von Mann und Frau

Hochinteressant ist auch die Untersuchung der "Spannungen und Konflikte im Schwarzen Brazzaville" von Georges Balandier. Hier werden die Veränderungen in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern untersucht, welche die Industrialisierung mit sich bringt. Afrikanische Arbeitskräfte werden in grossen Massen aus ihren traditionellen Familien- und Stammesbindungen gelöst und in schwarzen städtischen Zentren zusammengezogen. In diesen Zentren leben weitaus mehr Männer als Frauen. Die aus den neuen Lebensverhältnissen resultierende Emanzipation der Frau führt zu schweren Konflikten mit dem traditionellen Denken vor allem des männlichen Afrikaners. Es ergeben sich mannigfache Probleme: Die Ehe- und Familienverhältnisse und ihre wirtschaftlichen Grundlagen ändern sich radikal; häufig kehren die Frauen die ursprüngliche Situation zwischen den Geschlechtern geradezu um. Ein weiteres Problem liegt in der Verbindung zwischen Menschen schwarzer und weisser Hautfarbe. Ein regelrechter "Rassenhass" entsteht gegen die Mestizen; sie sind nicht nur eine lebendige Erinnerung daran, dass der Weisse in die eingeborene Gesellschaft eingedrungen ist, sondern sie symbolisieren den Anspruch, den der weisse Eindringling auf die afrikanische Frau erhebt: in den Mestizen wird die Kolonialherrschaft angeklagt und die sozio-kulturelle Entartung, an der sie in den Augen der Afrikaner schuld ist.

Eindringliches Bild

Diese beiden als Beispiel herausgegriffenen Beiträge sind wie die übrigen in einer Sprache gehalten, die auch dem Laien verständlich ist. Abgesehen davon, dass der Leser in die vielschichtige Problematik des Thomas eingeführt wird, dass ihm die zahllosen Fehler deutlich werden, die von den weissen Kolonialherren in der Vergangenheit gemacht wurden (und vielleicht noch heute gemacht werden), vermitteln die einzelnen Beiträge ein anschauliches Bild von den Lebensverhältnissen, aus denen unsere afrikanischen, asiatischen oder südamerikanischen Besucher kommen - Menschen, denen wir heute auch in Deutschland überall im wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben begegnen. Deshalb ist dies Buch jedem deutschen Steuerzahler zu empfehlen; er wird sicher, begegnet er dem "Goldenen Bett der Madame Edusai", nicht mehr die Stirn runzeln.